

Liebe Genossinnen und Genossen,

es geht um Krieg und Frieden. In dieser Woche demonstrierten über 1.500 Menschen vor dem Brandenburger Tor gegen die Verlängerung des Krieges in Syrien. Es wird Zeit, dass wir mit allen Menschen, die Frieden wollen, auf die Straße gehen und gegen eine Weiterführung des Krieges demonstrieren. DIE LINKE muss als Friedenspartei in unserer Stadt für alle Berlinerinnen und Berliner sichtbar sein! 1.500 Teilnehmer sind nur ein Anfang. Ich kann mich an Anti-Kriegsdemonstration in den 1990er Jahren erinnern, da kamen 10.000 Menschen, um für Frieden zu demonstrieren.

Wem der Krieg in Syrien egal ist, und wer in seiner Ruhe nicht gestört werden möchte, soll wissen, dass eine Verschärfung des Krieges, Flucht und Vertreibung auslösen werden. Dann soll keiner sagen, dass er von diesem Konflikt nichts gewusst hätte.

Die Reaktion der Bundesregierung auf Trumps Raketenangriff ist beunruhigend.

Außenminister Maas hat sich für einen militärischen Angriff ausgesprochen und die Kanzlerin hat Trumps Angriff auf vermeintliche Chemiewaffenlabors als richtige Antwort akzeptiert. Das ist ein Schritt weg von der Diplomatie hin zur Gewalt. Das werden wir nie akzeptieren.

Jeder wusste, dass der Einsatz von Chemiewaffen eine militärische Reaktion der USA provozieren würde. Egal, was man von Assad hält, so dumm ist er nicht, ein solches Eingreifen herauszufordern.

Die Lage ist mehr als verworren, doch das war noch nie anders. Auch im Irak-Krieg war die Lage unübersichtlich. Doch das hat uns damals nicht gehindert, gegen den Irak-Krieg gemeinsam auf die Straßen zu gehen.

Natürlich weiß ich nicht, was mein Demo-Nachbar über die Einzelheiten des Konflikts denkt. Doch es ist doch klar, dass ich nicht alle Demonstranten, die gegen den Krieg auf die Straße gehen, vorher befragen kann, wie sie Details in diesem Konflikt bewerten. Eine Genossin sagte mir, dass sie immer zu Friedensdemos mit ihrem eigenen Plakat geht, dann weiß gleich jeder, was ihre Meinung ist. Das finde ich gut.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Frau Nahles erklärte zu Hartz IV in der Berliner Zeitung: "Abschaffung von Sanktionen halte ich für schwierig. Wer nämlich auf der anderen Seite Steuern und Abgaben entrichtet, kann vom Staat verlangen, dass er genau hinschaut, wie damit umgegangen wird."

Mal abgesehen davon, dass auch Hartz-IV-Empfänger Steuern zahlen, wünsche ich mir, dass die SPD genau hinschaut, wo die Regierung das Geld zum Fenster herausschmeißt. Im Koalitionsvertrag wird die drastische Erhöhung des Rüstungsetats festgeschrieben. Doch schon jetzt ist das Rüstungsministerium die Nummer 1 bei der Verschwendung von Steuermitteln. So plant die Bundesregierung einen Nachfolger des Eurofighters. Wer die Geschichte dieses Flugzeuges kennt, weiß, dass dabei nie um unsere Sicherheit ging, sondern nur um unendlich viele Rüstungsaufträge.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gibt eine ganz große Koalition gegen Steuererhöhungen für Vermögende. Dazu gehören nicht nur CDU, CSU und SPD, sondern auch AfD und FDP.

Der Kardinalfehler des Koalitionsvertrages – keine gerechte Steuerreform durchzuführen - wird durch die Abschaffung des Solis noch einmal verstärkt. Die Herrschenden sind wieder nicht bereit, eine Steuerreform durchzuführen.

45 Deutsche besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das wollen wir ändern!

Ich erlebe immer wieder, dass Genossinnen und Genossen gern auf Veröffentlichungen der Bertelsmann-Stiftung in ihren Papieren zurückgreifen. Es wird da von Modernisierungsgewinnern und Modernisierungsverlierern gesprochen. Die Menschen, die den angeblichen Megatrends „Globalisierung“ und „Digitalisierung“ nicht folgen können oder wollen, werden abgeschrieben und der AfD überlassen.

Das ist der falsche Weg!

Für mich ist der Megatrend die atemberaubende globale und regionale Umverteilung. Die brutalste Form der Umverteilung ist der Krieg. Seit der Wende erleben wir eine

Neuaufteilung der Welt. Wer diese große Entwicklung im Auge behält, muss nicht jedes Detail einer Auseinandersetzung kennen, um die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Also nicht zaudern, sondern Friedens-Flaggen zeigen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

die SPD ist mit dem Versprechen einer Vermögenssteuer und mit der Forderung nach mehr Gerechtigkeit in den Wahlkampf gezogen. Das ist heute alles vergessen, leider.

Ohne gerechte Steuerreform gibt es auch keine gerechte Gesundheits-, Arbeitsmarkt- und Rentenreform.

Der Wirtschaftsminister könnte seinen Vorschlag umsetzen, um mit dem Geld einen kostenlosen Öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren. Das wäre doch ein Projekt, das unsere Gesellschaft grundlegend verändern würde.

Das Geld wäre auch gut angelegt, um unsere Gesellschaft von Armut zu befreien, Tafeln überflüssig zu machen oder die Zwei-Klassen-Medizin zu beenden.

Ich erwarte von einem Bundesminister, der dem Grundgesetz verpflichtet ist, sich um eine Gleichbehandlungen von Patienten zu kümmern. Ich erwarte von einem Minister, dass er nicht die Interessen der Pharmaindustrie vertritt, sondern die Interessen von kranken Menschen.

Eine Frau kam in meine Sprechstunde und berichtete, dass ihre hochschwängere Tochter keine Hebamme in Hohenschönhausen finden kann. Ihre Krankenkasse empfiehlt ihr, in ganz Berlin zu suchen. Das ist doch keine Lösung!

Seit über 10 Jahren diskutieren wir die dramatische Situation von Hebammen in unserem Land. Doch nichts passiert.

Die Haftpflichtversicherungsbeiträge fressen die Gehälter der Hebammen auf. Das ist ein Politikum, um das sich Herr Spahn kümmern sollte. Macht er aber nicht, weil er lieber über Gott und die Welt palavert.

Wir brauchen eine solidarische Bürgerversicherung, die zum Ziel hat, kranke Menschen zu heilen, egal wie arm oder reich sie sind.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Wir werden mit Falschmeldungen überschwemmt. Bevor wir ein Bruchteil dieser Falschmeldungen widerlegt haben, ist schon die nächste Falschmeldungswelle über unsere Köpfe zusammengeschlagen. Wir dürfen nicht unsere eigenen Themen aus den Augen verlieren. Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, das verlangt aber auch von uns Solidarität. Nur ein solidarischer Umgang unter uns Genossinnen und Genossen, macht uns in der Öffentlichkeit glaubwürdig. Es wird z.Z. viel über Digitalisierung und sozialen Medien geredet. Ich bin dafür, bestimmte analoge Verhaltensweisen wieder zu stärken: Telefonieren, persönliche Briefe schreiben oder noch besser, ein Gespräch unter vier Augen führen. Das klingt altmodisch, funktioniert aber besser.

Auf keinen Fall sollten wir der AfD die Freude gönnen, dass wir auf ihre Provokationen hereinfließen und uns zerstreiten. Jeder kann seine Meinung haben, doch die sollten wir untereinander austauschen, dann zu einem Ergebnis kommen und das öffentlich vertreten. Ich verstehe Menschen, deren Familienmitglieder von den Nazis umgebracht wurden, und die es nicht ertragen können, dass ein Vertreter einer rechtsradikalen Partei, die Rassismus und Hass verbreitet, einen Kranz für die Opfer des Faschismus niederlegt.

Als ich mit Jugendlichen in Oradour war - In Oradour hatte die SS ein ganzes Dorf vernichtet – Frauen, Kinder und Greise wurden ermordet - sagte mir der Bürgermeister, dass sie 70 Jahre lang keinen Deutschen bei den Trauerfeierlichkeiten zugelassen hätten. Der Schmerz war einfach zu groß.

Diese Gefühle haben wir immer geachtet und werden wir auch immer achten. Das ist in der heutigen Zeit wichtiger als je zuvor.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Der Bürgermeister wird euch über die Arbeit des Bezirksamts Lichtenberg informieren. Katrin Lompscher über die Arbeit des Senats. Deshalb will ich mich zum Schluss auf unsere Parteiorganisation Lichtenberg konzentrieren.

Es ist gut, dass wir heute über die Ortsverbände entscheiden. Das war ein langer Prozess. Allerdings sind Strukturveränderungen noch keine Garantie für eine erfolgreichere Arbeit. Da sind wir uns alle einig.

Ich bin unbedingt dafür, dass sich Genossinnen und Genossen zusammenfinden, die gemeinsam ein Thema bearbeiten wollen. Ich könnte mir z.B. eine AG Gesundheit in unserem Bezirksverband gut vorstellen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wie ihr vielleicht alle wisst, wird uns unsere Genossin Marina Richter-Katschajewa verlassen. Ich möchte mich im Namen aller Genossinnen und Genossen bei Marina bedanken.

Sie hat einen unglaublichen Berg an Arbeit weggeschafft. Gleichzeitig hatte sie immer ein offenes Ohr für alle Probleme der Genossinnen und Genossen und immer gute Laune.

Herzlichen Dank, Marina!

Wir haben auch schon einen Nachfolger für Marina, den alle von euch kennen. Hartmut Zick. Ich freue mich sehr, dass Hartmut zum Dreh- und Angelpunkt der Geschäftsstelle wird. Ich schätze Hartmut für seine ruhige, unaufgeregte Art. Er ist ein sehr zuverlässiger Genosse und hat in der Flüchtlingsarbeit viel gute Arbeit geleistet.

Hartmut, wir freuen uns auf dich und die gute Zusammenarbeit.

Schön ist, dass immer mehr junge Menschen Mitglieder der Partei werden. Als Bezirksvorsitzende habe ich eine monatliche Diskussionsrunde „jung&kritisch“ begonnen. Sie läuft sehr gut. Es kommen sogar Jugendliche aus anderen Bezirken zu unseren Veranstaltungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in den nächsten Wochen brauchen wir eure Unterstützung: Am 1. Mai wollen wir die „info-links“ und die Tomatenpflanze „Har(t)zfeuer verteilen. Am 5. Mai wird es eine Feier zum 200. Geburtstag von Karl Marx am Marx-Engels-Forum geben.

Am 6. Mai, am Vorabend des Tages der Befreiung, wird Peter Bause in der Kiezspinne das Stück „Jugend ohne Gott“ spielen, und am 10. Mai ist auf dem Bebelplatz das „Lesen gegen das Vergessen“.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich, euch bei vielen Veranstaltungen gesund und munter wiederzusehen.